

Die Wohlstands-Schere öffnet sich weiter

OECD-Bericht schlägt Alarm – Mehr Investitionen in Bildung gefordert – Abhilfe über Steuersystem?

Von Sebastian Kunigkeit

Paris. Die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte kennt zwei Geschwindigkeiten. Hier die bestens ausgebildeten Gutverdiener, deren Anteil am Kuchen immer weiter wächst – dort die Niedriglöhner, die bei der Einkommensentwicklung hinterherhinken. „Wir haben einen Wendepunkt erreicht. Noch nie in der Geschichte der OECD war die Ungleichheit in unseren Ländern so hoch wie heute“, sagt der Chef des Industrieländerclubs, Angel Gurría.

Ein am Donnerstag in Paris vorgestellter Bericht der Organisation fasst die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Zahlen: Die reichsten zehn Prozent verdienen in den Industriestaaten heute im Schnitt fast zehnmal so viel wie die ärmsten zehn Prozent. Damit ist die Einkommenslücke binnen einer Generation um fast 40 Prozent gewachsen – in wirtschaftlich guten Zeiten ebenso wie in Krisenjahren. Deutschland liegt im Mittelfeld, auch hier ist die Lücke aber gewach-

sen. Und bei der Verteilung des Vermögens ist das Gefälle noch deutlich größer.

Interessant an der OECD-Studie ist, dass sie nicht allein auf die sozialen Folgen des Lohngefälles abzielt, sondern volkswirtschaftlich argumentiert. Denn wer finanziell so weit zurückliege, könne auch nicht all seine Fähigkeiten entfalten – und somit auch weniger zum Bruttoinlandsprodukt beitragen. „Die Ergebnisse zeigen, dass hohe Ungleichheit schlecht für das Wachstum ist“, sagt Gurría. Die Experten schätzen, dass OECD-Staaten somit zwischen 1985 und 2005 ein Wachstum von fünf Prozentpunkten entging.

Was also tun gegen die wachsende Ungleichheit? Der französische Ökonom Thomas Piketty forderte als Konsequenz eine rigorose Vermögensbesteuerung – was ihm prompt den Vorwurf der Ideologie einbrachte: Marktliberale Volkswirte halten zu hohe Steuern für investitionsschädlich. Die OECD-Vorschläge sind da weitaus konsensfähiger. Doch auch sie haben das Steuersystem als einen Ansatzpunkt ausgemacht. Die

höchsten Steuersätze seien in den vergangenen Jahrzehnten gesenkt worden. „Die Politik muss sicherstellen, dass wohlhabendere Privatleute, aber auch multinationale Firmen ihren Anteil an der Steuerlast bezahlen“, heißt es in dem Bericht. Eine Forderung, die von Gewerkschaften gleich gutgeheißen wurde.

Allerdings: Alleingegenommen sei Umverteilung weder effektiv noch nachhaltig, so die OECD-Experten. Sie empfehlen daneben unter anderem, mehr Frauen in den Arbeitsmarkt zu bringen und dafür zu sorgen, dass sie gleich bezahlt werden wie Männer. Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und mehr Investitionen in die Bildung sind weitere Punkte auf der Liste, die sie der Politik an die Hand geben. „Wir müssen die Debatte darauf konzentrieren, wie Wachstumsgewinne verteilt werden“, sagt Gurría. Der Bericht macht aber auch klar, dass eine Umkehr keine leichte Aufgabe ist: „Weil der Anstieg der Ungleichheit so tief in unseren Wirtschaftsstrukturen verankert ist, wird es hart sein, ihn umzukehren.“



Viele Menschen haben so wenig, dass sie im Müll nach Verwertbarem suchen. Foto: dpa